

Innsbrucker „Studentenbewegung“ 1967 bis 1974

Seit Mitte der 1950er-Jahre war der ohnedies an der rechten sozialdemokratischen Linie ausgerichtete Verband Sozialistischer Studenten (VSStÖ) nicht mehr im Hauptausschuss der Innsbrucker Hochschülerschaft (ÖH) vertreten. Hatte der VSStÖ 1949 gegen den bürgerlich-katholischen Wahlblock noch knapp 17%, das waren 205 Stimmen, erreicht, so kam in den fünfziger Jahren mit rückläufigen Bildungschancen für Arbeiterkinder das Aus für linke ÖH-Wahllisten vor Ort. Die Wahl zum Innsbrucker Hochschülerschaftsausschuss ergab etwa 1959 bei einer Beteiligung von fast 70% der allein wahlberechtigten inländischen StudentInnen 733 Stimmen für den maßgeblich vom katholischen Cartellverband (CV) bestimmten „Wahlblock österreichischer Akademiker“, 262 Stimmen für den Anfang der 1950er-Jahre (wieder) zugelassenen „Ring Freiheitlicher Studenten“ (RFS) und bloß 58 Stimmen für den „Verband Sozialistischer Studenten“ sowie ganze 3 Stimmen für den „kommunistisch geführten Verband demokratischer Studenten“. Der „Wahlblock“ erhielt 10 Mandate im lokalen StudentInnenparlament, der RFS 3.

Den Niedergang des nach der Befreiung vom Faschismus bescheiden und kurz auflebenden sozialistischen Studentenverbandes kommentierten die bürgerlichen „Tiroler Nachrichten“ im Vorfeld der ÖH-Wahl 1959 in dem Sinn, dass die Universität nun so wie 1934 „sozifrei“ ist: „Dies ist ein Zeichen dafür, dass die studierende Jugend Österreichs weder von offen noch von versteckt marxistischen Gruppen und Grüppchen etwas wissen will und dass der wirklich sozialistische Akademiker auch in Zukunft eine Ausnahmeerscheinung bleiben wird.“ An diesen Verhältnissen änderte sich in Innsbruck 1967 im Vorfeld der „Studentenbewegung“ nichts, die sozialistischen Studierenden erreichten weiter kein Mandat im Hauptausschuss. Sie erzielten 143 Stimmen, der RFS 762 und der „Wahlblock“ 1.531 Stimmen.

Nazistische und antisemitische Traditionen

Über Innsbruck hinaus Aufsehen erregten Innsbrucker Studenten durch antisemitische Affären, vor allem durch die Schändung des Jüdischen Friedhofs 1961. Ende März 1965 gab es keinerlei Innsbrucker Protestaktionen gegen Taras Borodajkewycz, jenen Borodajkewycz, der schon 1942 auf der Berufungsliste für die Innsbrucker Professur der Neuen Geschichte gestanden war und der nun im Februar 1965 knapp vor seinen öffentlich neonazistisch antisemitischen Ausfällen noch einmal ehrenhalber im Vorspann eines Innsbrucker Vorschlages für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte genannt wurde.



Geordneter Studierendenalltag in den 1960er/70er-Jahren

Die Zahl der StudentInnen stieg von 5.725 Mitte der sechziger Jahre (1964/65) auf 7.344 Anfang der siebziger Jahre (1971/72) und überschritt 1974/75 mit 10.040 Studierenden die Zehntausender-Marke. Ein überaus hoher Anteil bundesdeutscher StudentInnen prägte noch in den sechziger Jahren eine Szene, die in den BRD-Zeitungen die Rede vom „Dr.inns.“ anstachelte. Die Zahl der Studienabschlüsse stieg von 330 im Jahr 1964/65 sukzessive auf 760 im Jahr 1974/75. Von den 330 Studienabschlüssen 1964/65 entfielen 60 auf Studentinnen, also nicht einmal ein Fünftel. Mehr als die Hälfte der Studentinnen schloss an der Philosophischen Fakultät ab. Zehn Jahre später 1974/75 bot sich immer noch dasselbe Bild.

Insgesamt prägte ein Lehrkörper die Universität, der sein erstes akademisches Kapital in den Jahren des Austrofascismus und/oder des NS-Fascismus erworben hatte. Bezeichnend für die Verhältnisse waren wegen ihres Einsatzes für das NS-Regime bekannte Rektoren wie der Nationalökonom Ferdinand Ulmer (1963/64) oder der Mediziner Theodor von der Wense (1968/69), der zwar seine frühen „Aktivitäten“ für die NSDAP „seit 15. März 1933, Mitgliedsnummer 1,517.334“, sowie seine Auszeichnung als „verdienter Kämpfer“ nicht bestritten hat, der aber geschickt einen späteren „Austritt“ aus der SS als „Widerstand“ verkaufen konnte.

Dies war möglich, weil über der faschistischen Periode der Universität Innsbruck angesichts der ungebrochenen personellen Verhältnisse ein Nebel des Schweigens hing. Die Opfer des NS-Regimes an der Universität waren vollkommen vergessen. Allein von der gesellschaftlichen Lage her bestand nicht das geringste Interesse an einer Erinnerung oder gar Wiedergutmachung. Auch fortschrittliche Studierende waren über diese knapp 20 Jahre zurückliegenden Zusammenhänge nicht informiert. Sie waren nicht in der Lage, sie zu öffentlich anzusprechen. Sie wussten

fast nichts von der Vergangenheit eines Ulmer, Wense, von jener des Germanisten Herbert Seidler oder von jener des Strafrechtlers Friedrich Nowakowski. Die Habilitation des rechten Politologen Armin Mohler, dem Wiederentdecker der „Konservativen Revolution“, konnte 1967/68 nicht politisch verhindert werden. Jene des Juristen Kurt Rabl scheiterte Ende 1967 nur am Einspruch von außen durch das Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes. Rabl hatte u. a. 1939 der slowakischen Regierung den „Entwurf einer Verordnung über die Errichtung von Konzentrationslagern“ vorgelegt.

„1968“ war in Innsbruck weiter die Welt der tief „abendländisch“ rückwärts-gewandten, „Grenzlandvolkstum“ orientierten „Mozartpreise“, gestiftet aus den Kanälen der Töpfer-Stiftungen, wo junge NachwuchswissenschaftlerInnen sich billig kaufen ließen. Es war kein Zufall, dass es keinen Protest gegen die vom „Deutschen Freundeskreis“ unterstützte Verleihung eines Ehrensator-Titels an den selbst in bürgerlichen BRD-Kreisen berüchtigten süddeutschen NS-Wirtschafts-funktionär Fritz Kiehn 1966 gab, und auch nicht 1970, als der Leiter des „Stu-dentenwerks Innsbruck“ aus dem Jahr 1938/39 Hanns Martin Schleyer als Ehren-senator gewürdigt wurde.

Erste Proteste und „1968“ in Innsbruck

Einige Bewegung in die rückschrittlich ideologische Erstarrung an der Innsbrucker Universität hatte der Mathematik-Ordinarius Wolfgang Gröbner gebracht, der 1963/64 in zahlreich besuchten freidenkerischen „Grenzprobleme-Seminaren“ an den liberalen Kulturkampf der Jahre um 1870 anknüpfend die Entfernung der Theologischen Fakultäten aus dem Universitätsverband verlangte. Nach Vorsprache des Bischofs wurde dem international angesehenen Wolfgang Gröbner unter Beihilfe der Philosophischen Fakultät die Abhaltung dieser Seminare verboten.

Mitte der 1960er-Jahre gab es von ÖH-Seite neben Protesten gegen Studienbedingungen, die schon damals hoffnungslos hinter steigenden HörerInnenzahlen herhinkten, Aktionen gegen strenge „Heimordnungen“ von vorgestern – wie jene im Internationalen Studentenhaus, die jedem frommen Mittelschülerinternat Ehre gemacht hätte. Gemeinsam forderten der „Wahlblock“ und der VSStÖ im September 1967 die Aufhebung der Studiengebühren – ein Ziel, das 1972/73 erreicht wurde.

1967/68 kam es zu Verschiebungen im bürgerlichen „ÖVP-Wahlblock“, weg von der CV-Dominanz. Von einer „Arbeitsgemeinschaft Nichtkorporierter Christlicher Studenten“ wurde im Juli 1967 der Ausschluss des Cartellverbandes aus der Wahlgemeinschaft verlangt. Nur als Einzelmitglieder sollten CVer akzeptiert werden. Gleichzeitig kam es auch hier zur Abspaltung einer „Aktion [Innsbruck]“, die sich je nachdem „linksliberal parteiunabhängig“, „linkskatholisch“ „linksbürgerlich“ definierte und kurz mit ein, zwei Mandaten im Hauptausschuss vertreten war. An der „Studentenkoalition“ der ÖVP-nahen Fraktion mit dem freiheitlichen RFS konnte aber auch die „Aktion“ über „1968“ hinweg in Innsbruck nichts ändern.

Die 1968 aus dem „Wahlblock“ hervorgehende Österreichische Studentenunion (ÖSU) versuchte sich auch in Innsbruck als die „modern progressive Mitte“

zu positionieren. Sie erhob Mitbestimmungsforderungen, protestierte gegen überholte Universitäts-Bräuche, wie das „Kasperletheater“ der feierlichen Rektorsetzung. Sie beteiligte sich gelegentlich Trittbrett fahrend an Kampagnen wie jener für die Verkürzung des Bundesheer-Grundwehrdiensts. ÖSU-VertreterInnen machten sich dann Anfang der 1970er-Jahre auch lustig über die sommerlichen „Molden-Abendland-Festspiele“ in Alpbach.

Eine fortschrittliche Politisierung von kleinen Teilen der Innsbrucker StudentInnenschaft war 1967 durch den Protest gegen die griechische Militärdiktatur, durch die Solidarisierung mit vom Schah-Regime vertriebenen iranischen Studierenden erfolgt. Am 27. April 1967 protestierten rund 150 Studierende, VSStÖlerInnen gemeinsam mit griechischen und iranischen Kollegen, im ÖGB-Haus gegen das rechte Militärregime in Athen. Parallel liefen im April 1967 VSStÖ-Aktionen gegen eine Tirol-Rundreise des „Kaisersohns“ Otto Habsburg. Wegen dieser Ablehnung konnte Habsburg seine „paneuropäisch“ übertünchten Monarchie-Konzepte nicht an der Universität selbst vortragen – ein Teilerfolg.

Konstantin Kaiser, 1968 Obmann des VSStÖ in Innsbruck, berichtet im „Standard“ am 5. April 2008, dass die linke Studierendenszene 1967/68 von der Tiroler Staatspolizei auf 40 Leute geschätzt wurde:

„Unser inneres Leben war vermutlich aufregender als unsere staatspolizeilich registrierbaren Manifestationen. Der Prager Frühling, die Kulturrevolution in China, die Barrikaden in Paris schienen die Welt in strahlende Rotation versetzt zu haben, ein Ansturm neuer Ideen erfasste uns in vielfacher Verschlingung. Herbert Marcuses Schriften über den ‚Eindimensionalen Menschen‘ und die repressive Toleranz, die Frankfurter Schule mit ihren Theorien des ‚Spätkapitalismus‘, Fragmente psychoanalytischer Aufklärung überspülten unser bisheriges Wissen und Nachdenken.“

Ob die Vorgänge im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) oder die Kritische Theorie der „Frankfurter Schule“, also die Texte eines Adorno, Horkheimer oder Marcuse, in Innsbruck wirklich breiter studiert wurden, muss offen bleiben. Zweifellos wurde die Teilnahme deutscher HochschülerInnen an den Gewerkschafts-Protesten gegen die Notstandsgesetze, das kurze französische Mai 1968-Bündnis von Studierenden mit der Arbeiterklasse, mit dem französischen Generalstreik, verfolgt. Öffentliche Solidaritätsaktionen – etwa nach dem Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 – blieben in der „Universitätsprovinz“ aber aus. Die „Studentenunruhen“ 1968 gingen an Innsbruck vorüber.

So kam es, dass Rektor Theodor von der Wense im Herbst 1968 sein väterlich gütiges „auch wir waren jung“ unter das Universitätsvolk bringen konnte. Wense, Alter Herr einer Corpsverbindung, schwelgte in Erinnerungen: „Anfang der zwanziger Jahre studierte ich in Jena. Thüringen hatte damals eine kommunistische Regierung (sic!) mit viel russischen Studenten und Studentinnen. Mit denen haben wir dann nächtelang heißt diskutiert, über Fortschritt und Freiheit, über Revolution und Fürstensturz, über Marx und Lenin, oft bis zum Morgengrauen. Herausgekommen ist nie etwas (...).“ Der Rektor schloss aus seiner Jugenderfah-

rung für die Gegenwart, dass alle „-ismen“ nichts brächten, eine elegante Wendung auch, um nicht ein Wort von den faschistischen Jahren der Innsbrucker Hochschule konkret sprechen zu müssen. In der Sache blieb Rektor Wense hart. Eine studentische Drittel-Mitbestimmung kommt für ihn nicht in Frage. In Berufungs- und Habilitationskommissionen dürfen Studierende kein Stimmrecht haben. Nur eine unverbindliche „verantwortliche Mitbestimmung der Studierenden, soweit sie dazu befähigt sind“, kann in Aussicht genommen werden. Die Universität darf kein „politisches Schulungslager zum Umsturz der gesamten Gesellschaftsordnung“, keine Plattform „für eine kultursoziale Revolution“ werden. Das „Schlagwort Demokratisierung“ sei insgesamt gefährlich.

Eine kleine Protestaktion gab es gegen die Amtseinführung von Rektor Wense doch: Einige VSStÖlerInnen stellten die als „Hochamt“ abgehaltene feierliche Übergabe der Rektorskette unter dem Adolf-Pichler-Denkmal nach, was die empörte „Tiroler Tageszeitung“ (TT) am 18. November 1968 mit Bildbeigabe zur Bemerkung veranlasste: „Adolf Pichler, unter dessen Standbild am Samstag früh ein verlorenes Häuflein sozialistischer Studenten die Inaugurationsfeier persiflierte, schaute gütig auf einige Hochschüler unserer Tage, als sie gerade diesen Platz wählten, um aller Welt kundzutun, wie reif sie wirklich sind.“ Was die TT nicht begriff, der 1848er-Revolutionär Pichler, steter Spötter akademischer Verhältnisse, hätte seine Freude gehabt!

Die politische Stimmung war jedenfalls so, dass der VSStÖ selbst nicht glaubte, unter diesem Namen bei den anstehenden ÖH-Wahlen im Jänner 1969 in Innsbruck erfolgreich sein zu können. Er trat deshalb unter dem verschämten Namen „LSD – Liste Studentischer Demokratie“ an und erlangte nach fünfzehnjähriger Abwesenheit ein einziges Mandat. An den bekannten Mehrheitsverhältnissen innerhalb der offiziellen Studierendenvertretung änderte sich also nichts.

Die biedere Rede des von der ÖVP-nahen ÖSU gestellten Hochschülerschaftsvorsitzenden aus Anlass der Übergabe des Rektorats an den Theologen Emerich Coreth spiegelte im November 1969 die Innsbrucker studentenpolitische Realität wider. Bittend um eine weitere informelle Beteiligung an Senats- und Fakultäts-sitzungen war gerade dieses Gnadenrecht nach Ansicht des ÖH-Redners Hauptursache dafür, dass im Gegensatz zu Wien keine „radikalen Gruppierungen“ in „schwache Stellen und Lücken der Universitätsstruktur“ eindringen konnten. Dem sei es zu verdanken, dass in Innsbruck im letzten Jahr nur „eine Vorlesungsstunde durch eine studentische Aktion nicht stattgefunden“ hat. Die Innsbrucker Studierenden seien weder „brav“ noch „harmlos“, sondern „kritisch besonnen“!

Ein wichtiger Politisierungsschub erfolgte über die Kampagne für ein „Volksbegehren gegen das Bundesheer“. Einer vom VSStÖ mitunterstützten „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Informationen“ wurde Ende 1969 im Eingangsbereich des Hauptgebäudes ein Bücherstand erlaubt. Schon Ende Jänner 1970 verlangte die Polizeidirektion die Auflösung, weil „universitätsfremde Personen“ – unter ihnen ein „als Kommunist in Innsbruck Bekannter“ – Flugblätter und Broschüren „politischen Inhalts“, also marxistische Bücher verkauften. Dieser Politisierung des Info-Standes wollten weder die ÖH noch „Studentenrektor“ Coreth länger zuschauen. Nachdem am 19. Februar 1970 der mächtige Hochschulsektions-

chef Walter Brunner wider die „Agitation gegen das Bundesheer auf Hochschulboden“ eingeschritten war, wurde der Stand kurzer Hand geschlossen.

Innerhalb und außerhalb der Hochschülerschaft bildeten sich seit 1969 Insti- tutsgruppen, die „rein“ studentische Mitsprache in Verwaltung, Lehrgestaltung oder in Berufungsfragen einklagten, nicht selten getragen von „kritischen“ Stu- dentInnen aus dem zerbröselten bürgerlich katholischen „Wahlblock“-Milieu. Oft waren diese mit Assistentenkreisen verbunden, so am Institut für Germanistik oder an der Pädagogik, wo dann ein Streit um die dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG 1975) vorgreifende gleichrangige Drittelmitbestimmung von Professoren, AssistentInnen und StudentInnen 1973/74 in „Uni-Gezänk“ endete. Politisch ernst daran war, dass der für eine sozial gerechte Gesamt-Schulreform wissenschaftlich eintretende Erziehungswissenschaftler Peter Seidl in der Folge von ewig gestrigen Professoren der geisteswissenschaftlichen Fakultät jahrelang an der Habilitation gehindert werden sollte, namentlich vom Altgeschichtler Franz Hampl, der sich gerne als erprobter Wehrmachtshauptmann darstellte.

Ausweitung der Proteste ab den 1970er-Jahren

Im Jänner 1971 kandidierte ein linkes StudentInnenbündnis unter dem Namen „Liste sozialistischer Hochschüler“ (LSH) erfolglos zum Hauptausschuss, erreichte aber kein Mandat. Noch schlechter lag der Anteil der Innsbrucker VSStÖ- und VDS/KSV¹-Stimmen für den österreichweiten Zentrallausschuss. Diese erfolglose LSH-Kandidatur führte aber 1971 zur Aktivierung eines „Basisgruppenrats Innsbruck“ (BGR), in dem unterschiedliche linke, marxistische, leninistische Strö- mungen zusammenliefen, dem sich maßgeblich auch VSStÖlerInnen anschlossen, nachdem sich die Innsbrucker Sektion 1971 mit der Tiroler Landes-SPÖ über- worfen hatte. Beliebteste BGR-Aktionsformen waren der Büchertisch, der Info- Stand und unzählige „Teach In“ über die Jahre 1971 und 1972 hinweg, so „über die klerikale Hausmacht an der Universität eines rückständigen Landes“, gegen eine „Hochschule der Herrschenden“, „zur Lage der Wissenschaft im Kapitalismus“, aber auch gegen die Mythen der „zweckfreien“ Humboldt-Universität, gegen „Opa Humboldt“. Über die Universität hinausweisend war für Anfang 1972 ein Abend mit dem Marburger Rechtsprofessor Wolfgang Abendroth, dem antifaschistischen Widerstandskämpfer und Historiker der Arbeiterbewegung, geplant. Ein Teach-In „Freiheit für Angela Davis!“ und eines über den „alten und neuen Faschismus“ folgte – letzteres mit dem Ergebnis: „Faschismus ist kein Betriebsunfall, sondern eine Form bürgerlicher Herrschaft“. Im Oktober 1972 hielt Bundeskanzler Bruno Kreisky in Innsbruck einen Vortrag. Der BGR reagierte mit einem Teach In über die SPÖ als einer vormals „revolutionären Partei“, die nun als „geschäftsführender Ausschuss der Kapitalisten“ handelt. Neben „Kapital“-Lesekreisen hielt der BGR Veranstaltungen zur italienischen Arbeiterautonomie ab, etwa zur Gruppe „Lotta continua“.

Linke Studentinnen forderten seit Anfang der 1970er-Jahre unter dem damali- gen Titel „Zum Problem: Emanzipation der Frau“ (so die Frauengruppe im VSStÖ)

Assistentinnen- und Forscherinnenstellen sowie die Beseitigung „patriarchalisch-autoritativer“ Familienmodelle. Sie protestierten gegen das von Frauen abzuliefernde Mehrwert-Plus: „Frauen verdienen bei derselben Tätigkeit 30% weniger. Diese vorenthaltenen 30% fließen dem Arbeitgeber als Reingewinn direkt zu.“ Im Rahmen der entstehenden autonomen Frauenbewegung (z. B. Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft) kämpften sie für die Beseitigung des „§144“, also für die Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs.

In den Jahren 1972/73 organisierten sich die Gruppen „Kritische Medizin“, „Kritische Psychologie“ oder auch „Kritische Naturwissenschaft“. Letztere machte auf die enge Geschäftsverbindung zwischen dem Institut für organisch-pharmazeutische Chemie und dem Pharma-Konzern Hoffmann-La Roche aufmerksam.

Im Herbst 1971 trat der als „milder Reaktionär“ geltende Physiker Josef Kolb das Rektorsamt an. Seine Inaugurationsrede tauchte Kolb, der über die Mühen der „Hochschulreform“ und der sich abzeichnenden „Drittelparität“ klagte, in ein derartiges Pathos von „universitas magistrorum et scholarium“² und in das Licht einer idyllischen Tiroler akademischen Gemeinschaft, dass der BGR mit einem Flugblatt „Worte und Blüten der Magnifizienz Kolb“ reagierte. Kolb hatte das ständische Modell einer harmonischen Universität beschworen, wörtlich gipfelnd im Bild von einer „Universitäts-Gemeinschaft vom ‚Laufbursch Luftikus bis hinauf zum ‚Rektor magnificus““.

Ende Jänner 1972 verschärfte sich dann die studentenpolitische Auseinandersetzung. Die Auseinandersetzung mit der „Tiroler Tageszeitung“, dem Leitmedium der lokalen Herrschaftskasten, endete im Sturm auf zwei „TT-Zeitungsautomaten“, wovon einer im Inn landete. In dieser Situation einer „Anti-Springer-Kampagne“ auf tirolerisch sagte TT-Chefredakteur Hans Thür einen geplanten Vortrag an der Universität „auf Anraten der Polizei“ lieber kurzfristig ab, hatte sich vor Ort doch schon eine Solidaritätsdemonstration für die wegen des „Automatensturzes“ verhafteten beiden Studenten versammelt. Diese Demo ging in ein „Anti-TT-Teach In“ über.

Am 18. Jänner 1972, nur wenige Tage zuvor, hatte die seit dem Sommer laufende „Anti-Lü“-Kampagne gegen den von der SPÖ eingesetzten, der Welt der „Kameradschaftsbünde“ verpflichteten Verteidigungsminister Karl (Freiherr von) Lütgendorf, der im Hauptgebäude am Innrain einen Vortrag halten sollte, den Höhepunkt erreicht. Lütgendorf konnte den völlig überlaufenen Hörsaal nicht erreichen, da „die Linke Rabatz“ (TT) machte. Von der Hauptstiege über ein Megaphon sprechend wurde der Minister von Rufen „Lütgendorf und Militär, faschistisch ist das Bundesheer!“ unterbrochen.

Das Sommersemester 1972 stand im Zeichen der Mobilisierung gegen den Vietnam-Krieg. Zahlreiche Innsbrucker StudentInnen bis hinein in das „linke“ katholische Lager beteiligten sich an einer Anti-Nixon-Demonstration in Salzburg am 20. Mai 1972. Im Umfeld des BGR, aber auch der katholischen Hochschulgemeinde (KHG) entstanden „Indochina“- und „Afrika-Komitees“. In den Jahren 1972 bis 1975 organisierten Innsbrucker Studierende nicht nur zahlreiche Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, sie agitierten auch für den Sturz der faschistischen Regime in Griechenland, Spanien und Portugal. Sie solidarisierten sich mit der

sozialistischen Allende-Regierung in Chile, die am 11. September 1973 von der mit den USA verbündeten Pinochet-Militärdiktatur gestürzt wurde.

Ende 1972 war ein hoher linker Politisierungsgrad erreicht. Rektor Rudolf Bratschitsch, ein Betriebswirt und bekennender Anhänger der „alten“ Professorenniversität, ging deshalb im Herbst 1972 scharf gegen politische BÜchertische vor. Linke Wandtafeln, Broschüren und Flugblätter sollten aus der Universität verschwinden. Linke Versammlungen sollten durch strenge, gebührenpflichtige Hörsaalvergabe behindert werden.

Da sich „Rektor Bratschitsch allen demokratischen Forderungen gegenüber stur erwiesen“ hatte, wurde am 14. Februar 1973 das Rektorat besetzt. Die Besetzer – laut ÖH-Aussendung waren dies „ca. 30 Studentinnen und Studenten linker Herkunft“ – verlangten: „Rücknahme der reaktionären Richtlinien für die Vergabe von Hörsälen! Keine Einschränkungen der politischen Freiheiten an der Universität!“ Nach drei Stunden brachen die „linksgerichteten Gruppen“, die weiter – so die TT – ihre „Büchlein von Mao, Marx und Lenin“ verkaufen wollten, das „Sit In“ ab. Als der Akademische Senat zwei Tage später über eine teilweise Rücknahme der Maßnahmen des Rektors beraten sollte, schwang sich der freiheitliche Studentenring (RFS), der in Innsbruck immer noch ÖH-Stimmanteile von um die 20% hatte, als „Saalschutz“ gegen den linken StudentInnenprotest auf.

Ende 1972 war es zu Streitereien zwischen den linken Strömungen im BGR gekommen. Der BGR ging 1973 in einer rund zwei Jahre sehr aktiven, „maoistisch“ orientierten „Kommunistischen Gruppe Innsbruck“ (KGI) auf, die bei den ÖH-Wahlen im Jänner 1974 mit 326 Stimmen starke 10% und damit ein Mandat im Hauptausschuss erreichen sollte. Bei der ÖH-Wahl im Mai 1975 ging dieser Sitz wieder verloren.

ÖH- und Universitätspolitik, also der Kampf gegen die „kapitalistische Hochschulreform“ (gegen Verschulung, Schnellstudium oder Studienzugangshürden, also „gegen eine Wissenschaft und Ausbildung im Dienste des Kapitals“) war nur ein Gesichtspunkt der KGI-Aktivität. So trug die KGI auch einen im Frühjahr 1973 von der ÖH organisierten Vorlesungsstreik gegen den Baustopp für die Anfang der 1980er-Jahre doch fertig gestellten „GeWi-/NatWi-Türme“ am Innrain sowie Protestaktionen gegen die „Mensa-Preistreiberei“ mit. Seit Herbst 1972 hielt eine aus dem Umfeld des BGR und der KGI stammende Gruppe das leer stehende Universitätsgebäude „Schöpfstraße 24“ unter dem Titel „Gruppe Wohnraumbeschaffung“ aus Protest gegen zunehmende Mietspekulation über ein Jahr besetzt.

Über den zehn Nummern der von der KGI herausgegebenen „Kommunistischen Studentenzeitschrift“ (1973/74) schwebte das über die Hochschul-Welt hinausweisende Motto aus Lenins „Was tun?“ (1902): „Aber wir müssen, wenn wir fortgeschrittene Demokraten sein wollen, dafür sorgen, dass die Leute, die eigentlich nur mit den Zuständen an der Universität unzufrieden sind, auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Regimes gestoßen werden.“

Die strikt antisowjetische KGI plante wöchentliche Kadenschulungen. Die Form des „BGR-Teach In“ wurde als zu lose, unverbindlich eingeschätzt. Während der KPÖ-nahe KSV und auch die trotzkistische „Gruppe Revolutionärer Sozialisten“ (GRM) als „seminar marxistische“ Plaudergruppen abgelehnt wurden, qua-

DER
HÖCHSTE
GRUND

ÜBRIGENS:
DER FRÜHERE
REKTOR DER
PEKINGER UNI-
VERSITÄT, EIN
REAKTIONÄR,
IST HEUTE EIN
AUSGEZEICHNETER
HEIZER



Besetzung des Rektorats im Februar 1973

lifizierte die KGI den „auf links machenden“ VSStÖ als Anhängsel der reformistischen Kreisky-Sozialdemokratie. Gegen eine geplante VSStÖ-Veranstaltung mit Oskar Negt wurde im Frühjahr 1973 von der KGI mit „ein klägliches Schauspiel: Oskar Negt – Rattenfänger der Sozialdemokratie“ vorgegangen.

Im Frühsommer 1973 solidarisierte sich die KGI mit der von der österreichischen Bischofskonferenz geschlossenen Innsbrucker „Katholischen Hochschulgemeinde“ (KHG). Gab es u. a. wegen der „libertinistischen Sexualaufklärung“ und „antiautoritären Erziehung“ schon einen Konflikt der Amtskirche mit der katholischen Jugendzentrumsbewegung um die von Sigmund Kripp geleitete „MK“ im „Kennedy-Haus“, so wurde die KHG auch aus dem Grund geschlossen, da eine maßgebliche KHG-Gruppierung nicht nur linken Vietnam-, Lateinamerika- oder Afrika-Gruppen Unterschlupf gewährte, sondern selbst Flugblätter im Sinn der Befreiungstheologie herausgab, von denen eines ein Motto aus Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“ trug. Am Ende des Sommersemesters 1973 wurden die gesperrten KHG-Räume in der Josef-Hirn-Straße mit der Forderung, sie für ein selbstverwaltetes Studierendenzentrum zu öffnen, von einem überparteilichen Aktionskomitee für einige Tage vergeblich besetzt.

Insgesamt grenzte sich die KGI von der „kleinbürgerlich rebellischen“ Kulturszenerie ab. An Stelle der Franz Xaver Kroetz- oder Peter Turrini-Stücke mit ihrer bloß „innerlichen“ Scheinradikalität wurde eine (studentisch) proletarische Kultur propagiert. Die StudentInnen sollen nicht die „Trauergedichte“ Georg Trakls („Grodtek“) lesen, sondern die politische Lyrik Pablo Nerudas. Mit großem Einsatz wurde 1973 ein Studierenden- und ArbeiterInnen-Kino organisiert. So wurde der von einem proletarischen Kollektiv (dem auch Bert Brecht angehörte) Anfang der

IN PRINCIPIO
ERAT VERBUM

KAMPF
DER POLITISCHEN
REAKTION

FÜR DIE
DEMOKRATISCHEN
RECHTE!

1930er-Jahre gedrehter Film „Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?“ gezeigt. Dieser Film dokumentierte solidarisch kämpfende Berliner ArbeiterInnen, die die individuelle Verzweiflung und die (Arbeitslosen-) Verelendung überwunden haben und die kapitalistische „Verwertungslogik“ zu durchschauen begannen.

In die kapitalistische „Rationalisierungskrise“ von 1973 hinein, die etwa in der BRD oder in Italien arbeitermilitanten Widerstand hervorrief, gab die KGI die Flugschrift „Arbeitersache“ heraus. Vor den Toren von Swarowski in Wattens und vor den Jenbacher Werken verteilten KGI-AktivistInnen – beobachtet von aufgerüstetem Werkschutz – Flugblätter gegen die zunehmende Akkordhetze und Lohnkürzungen. Den Betriebsratsobmann der Jenbacher Werke bezeichneten sie im Herbst 1973 als „Arbeiterverräter“ und „Handlanger der Kapitalisten“, wofür die Flugblattverantwortlichen der „Arbeitersache“ wegen Ehrenbeleidigung verurteilt wurden.

Diese „Arbeiter-Aktionen“ mögen isoliert gewesen sein, nichtsdestotrotz sind sie Bleibendes der sich im Kleinbürgerlichen verlaufenden „Studentenbewegung“. Nur wenige haben den nachhaltig qualifizierten solidarischen Kontakt zur ArbeiterInnenklasse geschafft.

Immerhin, 36 Jahre später solidarisierten sich einige Jugendliche, Lehrlinge, SchülerInnen und StudentInnen wieder mit den ArbeiterInnen von Swarowski. Mitten in die vollzogenen und raffiniert angekündigten weiteren Massenentlassungen des Frühjahrs 2009 hinein verfassten sie ein Flugblatt „Lasst Euch nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen! Chefs und Staat waren noch nie auf unserer Seite!“

Benützte Literatur und Quellen

Geretschläger, Stefan: Studentische Bewegung in den siebziger Jahren im Spannungsverhältnis der Hochschulreform. Am Beispiel der Kommunistischen Gruppe Innsbruck (1973/74), phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1995 (alle weitere Literatur ist hier verzeichnet).

Universitätsarchiv Innsbruck, Sammlung „Flugblätter 1969–1975“.

Zur Vorgeschichte:

Goller, Peter/Gerhard Oberkofler: Universität Innsbruck. Entnazifizierung und Rehabilitation von Nazikadern (1945–1950), hg. von Wilfried Bader, Angerberg 2003.

Anmerkungen

- 1 Kommunistischer Studenten-Verband.
- 2 Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden.